

Bez 0021 A

Bezirksamt Pankow von Berlin
Abt. Finanzen, Personal und Umwelt
BzBm

Berlin, den 27.10.2007
(9295) 2300
(9295) 2230

koehne@ba-pankow.verwalt-berlin.de

An die
Vorsitzende des Unterausschusses
„Bezirke“
des Hauptausschusses

über

den Vorsitzenden des Hauptausschusses

über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei –G Sen .

ZeP-Option

Vorgang: 5. Sitzung des Unterausschusses vom 27.06.2007, **Bez 0021**

Der Unterausschuss hat in seiner oben bezeichneten Sitzung Folgendes beschlossen:

Die Bezirksamter Pankow, Spandau und Marzahn-Hellersdorf werden gebeten, dem UA Bezirke zu seiner Sitzung am 12.11.07 jeweils eine Stellungnahme vorzulegen, warum sie die ZeP-Option im Jahr 2006 nicht ausgenutzt haben.

Hierzu wird berichtet:

Die ZeP-Option für den Bezirk Pankow betrug im Jahre 2006 5.763.900 €. Dem gegenüber steht eine Personaleinsparung für das Jahr 2006 in Höhe von 5.291.200 € (91.8%)

Untersetzung 2006 gesamt	5.291.200
davon	
- Versetzung von Dienstkräften in den ZEP	3.818.300
- freie Stellen und Umsetzungen nach Kapitel 3390	1.472.900

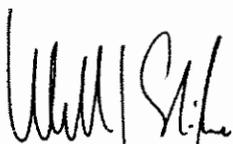
Innerhalb der Einsparsumme (Untersetzung) wurden also 1.472.900 € für freie bzw. freiwerdende Stellen sowie für Stellen von Dienstkräften, die nicht mehr zum ZeP zu

versetzen waren (wie z.B.: Stellen von Prämien- und Alterteilzeit-Fällen) sowie für Stellen von Dienstkräften, die direkt in die ARGE umgesetzt wurden, eingespart.

Für die Erfüllung der ZeP-Option wurde dieser Betrag leider nicht angerechnet. Hier zählte nur der Einsparbetrag für die tatsächlich zum ZeP versetzten Dienstkräfte in Höhe von 3.818.300 €. Hierdurch wird die Differenz zur Ausnutzung der ZeP-Option erklärt.

Der Bezirk ließ sich davon leiten, dass die Zielstellung einer nachhaltigen Einsparung von Stellen (Personalmitteln) in den kommenden Jahren erreicht wird, auch wenn sie nicht nur durch die direkte Versetzung von Dienstkräften zum ZeP erfolgt.

Unter Beachtung künftig zu erwartender Sparmaßnahmen wird bei vorausschauendem personalwirtschaftlichen Handeln diese Situation, dass freiwerdende Stellen nicht mehr besetzt und im Rahmen eines sozialverträglichen Stellenabbaus eingespart werden, immer wieder eintreten.



Matthias Köhne
Bezirksbürgermeister